

Ungleichheit | 24.03.2016 | Lesezeit 4 Min.

Auch Sorgen haben Konjunktur

Eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich bremst das Wirtschaftswachstum, warnen Internationaler Währungsfonds, OECD und jetzt auch DIW-Präsident Fratzscher, der Deutschland zudem attestiert, ein besonders ungleiches Land zu sein. Tatsächlich aber sind die Einkommensunterschiede in der Bundesrepublik deutlich geringer als in vielen anderen Industrieländern.

Wachstumseinbußen von 160 Milliarden Euro in den Jahren 1990 bis 2010, das macht für eine vierköpfige Familie ein Minus von 8.000 Euro. Mit diesen Horrorzahlen schaffte es Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, in der vergangenen Woche in die „Spiegel“-Titelgeschichte „Die geteilte Nation“.

Fratzscher stützt sich dabei auf ein Ergebnis der OECD, nach dem Deutschland nach der Wiedervereinigung ein um fast 6 Prozentpunkte höheres Wirtschaftswachstum hätte erreichen können – wenn die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergegangen wäre.

In der ökonomischen Theorie geht grundsätzlich beides: Ungleichheit kann das Wachstum sowohl bremsen als auch fördern – welcher Effekt eintritt, hängt vor allem davon ab, wie weit eine Volkswirtschaft entwickelt ist.

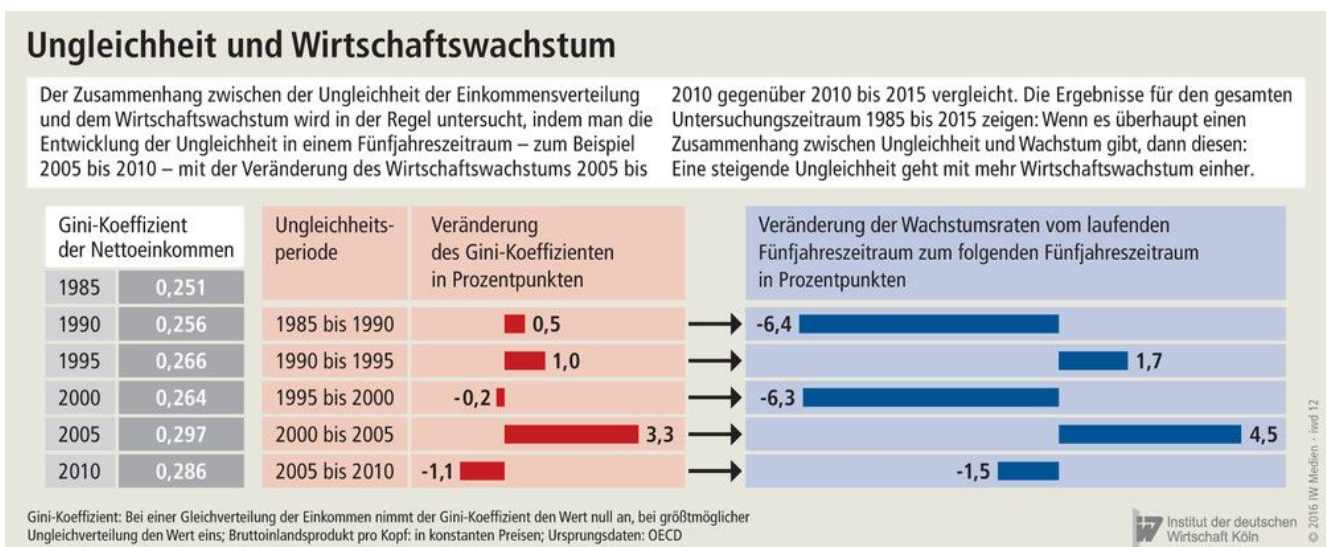
In weniger entwickelten Ländern führt Ungleichheit oft dazu, dass die Wachstumsdynamik gebremst wird. Denn in solchen Gesellschaften haben Einkommensschwache oft nur beschränkt Zugang zu Bildung, und die wachsende Kluft

zwischen Arm und Reich führt zu sozialen Unruhen und politischen Instabilitäten.

In modernen Industrieländern dagegen kann Ungleichheit das Wachstum sogar fördern. Denn wenn sich Leistung lohnt, dann schafft das Anreize für Unternehmertum und Innovationen.

Gemessen wird die Ungleichheit der Einkommen mit dem GiniKoeffizienten, der zwischen null und eins liegen kann. Null bedeutet, dass alle gleich viel verdienen; eins bedeutet, dass das gesamte Einkommen einer einzigen Person zufällt.

In Deutschland liegt der GiniKoeffizient aktuell bei rund 0,29 - und damit unter dem OECD-Durchschnitt von 0,32.



Wie plausibel ist dann der Vorwurf, Deutschland habe das gesunde, sprich motivierende Maß an Ungleichheit überschritten und bremse so sein Wachstum? Wenig plausibel, wie auch der Vergleich der Ungleichheits- und Wachstumsdaten im Zeitablauf zeigt:

Der Anstieg der Ungleichheit in Deutschland vollzog sich nahezu ausschließlich im Zeitraum 2000 bis 2005. Damals erreichte die Arbeitslosigkeit mit mehr als fünf Millionen einen neuen Höchststand.

In diesem Zeitraum gab es mit durchschnittlich 3 Prozent zwar auch das niedrigste Wirtschaftswachstum von allen Fünfjahreszeiträumen seit 1985. Da beide Phänomene aber gleichzeitig auftraten, kann das eine – der Anstieg der Ungleichheit – nicht die Ursache für das andere – das niedrige Wirtschaftswachstum – gewesen sein.

Die Zahlen lassen eher das Gegenteil vermuten – dass nämlich eine steigende Ungleichheit mit mehr Wachstum einhergeht, nicht mit weniger. Dafür spricht zumindest die Tatsache, dass auf die Fünfjahresperiode mit dem größten Anstieg der Ungleichheit (3,3 Prozentpunkte) in den fünf Jahren danach ein Anstieg der Wachstumsraten um 4,5 Prozentpunkte folgte (Grafik Seite 4).

Und so gut sich die Schlagzeilen von der „Zweiklassengesellschaft“ oder der „Abstiegsangst der Mittelschicht“ auch verkaufen – die Bundesbürger selbst scheinen das Ganze wesentlich entspannter zu sehen.

Aus den repräsentativen Befragungen, die das DIW im Rahmen seines Sozio-oekonomischen Panels seit vielen Jahren durchführt, ergibt sich jedenfalls ein eindeutiges Stimmungsbild (Grafik):

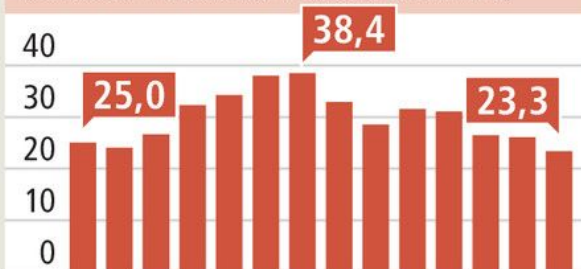
In vier von fünf Einkommensschichten ist der Anteil jener, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen, seit 2010 fast Jahr für Jahr gesunken – nur bei den ganz Reichen setzte dieser Trend erst ein Jahr später ein.

Weniger Sorgen in allen Schichten

So viel Prozent
der Menschen ab 17 Jahren
in der jeweiligen Einkommenschicht
machten sich große Sorgen um
die eigene wirtschaftliche Situation

Untere Mitte

(60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens)



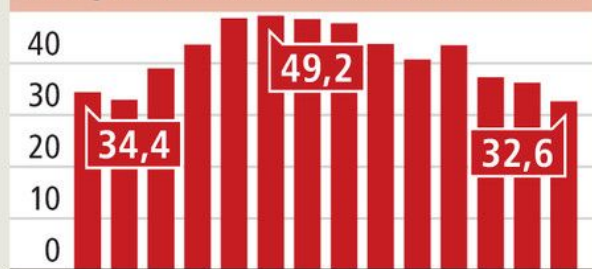
Obere Mitte

(150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens)



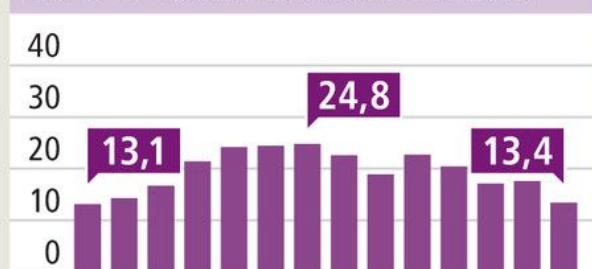
Relativ Arme

(weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens)



Mitte im engeren Sinne

(80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens)



Reiche

(mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens)



Die Abgrenzung der Einkommenschichten basiert jeweils auf den bedarfsgewichteten Nettoeinkommen des Vorjahres; Medianeinkommen: 50 Prozent der Bundesbürger verdienen weniger, 50 Prozent verdienen mehr; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Dass Deutschland – bei allem, was es noch zu verbessern gilt – im Großen und Ganzen auf dem richtigen Weg ist und die Soziale Marktwirtschaft ihren Namen sehr wohl noch verdient, zeigt vor allem der Stimmungswandel in zwei besonders sensiblen Schichten:

In der Mittelschicht im engeren Sinne, definiert als jene Bundesbürger, die zwischen 80 und 150 Prozent des Medianeinkommens verdienen, haben sich im Jahr 2006 noch nahezu 25 Prozent der mindestens 17-Jährigen große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation gemacht. Inzwischen – bei der letzten Umfrage im Jahr 2013 – sind es lediglich noch 13 Prozent. Das ist der beste Wert seit der Jahrtausendwende.

Bei den Armutsgefährdeten, das sind jene Menschen, die weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen, ist der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen machen, von knapp 50 Prozent im Jahr 2005 auf mittlerweile 33 Prozent gesunken. Und das, obwohl sich in diesem Zeitraum die Ungleichheit und die Armutsgefährdungsquote praktisch nicht verändert haben.

Die Bundesbürger machen sich aber nicht nur weniger Sorgen um ihre persönliche Situation, auch Deutschland als Ganzes steht in ihren Augen heute besser da als vor zehn Jahren. Damals hatte noch über die Hälfte der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation Deutschlands gehadert, inzwischen ist es weniger als ein Fünftel. Das ist das beste Stimmungsbild seit der Wiedervereinigung.

Die Verunsicherung der Gesellschaft hat also weniger mit der Einkommensungleichheit zu tun, sondern hängt mehr mit der Konjunktur zusammen. Die derzeit gute Stimmung ist demnach Spiegelbild der sinkenden Arbeitslosigkeit und der steigenden Reallöhne.

Kernaussagen in Kürze:

- Ungleichheit kann das Wachstum sowohl bremsen als auch fördern – welcher Effekt eintritt, hängt vor allem davon ab, wie weit eine Volkswirtschaft entwickelt ist
- In Deutschland liegt der GiniKoeffizient aktuell bei rund 0,29 – und damit unter dem OECD-Durchschnitt von 0,32
- In vier von fünf Einkommensschichten ist der Anteil jener, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen, seit 2010 fast Jahr für Jahr gesunken – nur bei den ganz Reichen setzte dieser Trend erst ein Jahr später ein